

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 15.09.2016**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:33 Uhr bis 18:10 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Ausschussvorsitzende
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünsch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreterin für Herrn
Wöllenweber	
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Schied
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Rothe
Dennis Helmich	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Uwe Stäglin	Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung
Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Dr. Toralf Fischer	Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderungen
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Dr. Christine Gröger	Fachbereichsleiterin Gesundheit
Martin Heinz	Fachbereichsleiter Immobilien
Jenny Dautermann	stellvertretende Protokollführerin
Manfred Czock	Sachkundiger Einwohner
Norwin Dorn	Seniorenrat
Igor Matviyets	Sachkundiger Einwohner
Jan Röttschke	Sachkundiger Einwohner
Susanne Willers	Sachkundige Einwohnerin

### **Entschuldigt fehlten:**

Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Bernward Rothe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Tarek Ali	Sachkundiger Einwohner
Elisabeth Krausbeck	Sachkundige Einwohnerin
Satenik Roth	Sachkundiger Einwohner
Helga Schubert	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Annette Wunderlich	Sachkundige Einwohnerin

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

**Frau Haupt** eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Frau Haupt** informierte darüber, dass der Bericht Jobcenter nicht mehr auf jeder Tagesordnung sein wird.

Die Tagesordnung wird um die Mitteilung **TOP 7.8 Aktueller Sachstand Asyl / Flüchtlingssituation** erweitert. Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes soll nach TOP 3.2 erfolgen.

**Herr Stäglin** sagte, dass die Mitteilungen 7.2 und 7.3 in die November Sitzung vertagt werden.

**Frau Haupt** bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung:

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift
  - 3.1. Niederschrift vom 12.05.16
  - 3.2. Niederschrift vom 09.06.16
  - . Behandlung TOP 7.8
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Zweiter Gleichstellungsaktionsplan 2016-2018  
Vorlage: VI/2016/01794  
Änderungsantrag zur Beschlussvorlage "Zweiter Gleichstellungsaktionsplan 2016-2018"
    - 4.1.1 (Vorlagennummer: VI/2016/01794)  
Vorlage: VI/2016/02340
  - . Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Berichterstattung der Stadtbeauftragten im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss  
Vorlage: VI/2016/02248  
Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur
    - 5.1.1 Berichterstattung der Stadtbeauftragten im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss  
Vorlagen-Nr.: VI/2016/02248  
Vorlage: VI/2016/02337
  - 5.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erstellung eines barrierefreien Internetauftritts der Stadtverwaltung  
Vorlage: VI/2016/01956
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
  - 7.1. Sozialplanung im Sinne des § 20 des Familien- und Beratungsstellenförderungsgesetzes



#### zu 4      **Beschlussvorlagen**

---

##### zu 4.1      **Zweiter Gleichstellungsaktionsplan 2016-2018** Vorlage: VI/2016/01794

---

##### zu 4.1.1    **Änderungsantrag zur Beschlussvorlage "Zweiter Gleichstellungsaktionsplan 2016-2018" (Vorlagennummer: VI/2016/01794)** Vorlage: VI/2016/02340

---

**Frau Wildner** führte in die Vorlage ein. Die Geschäftsbereiche, Fachbereiche und Freie Träger haben sich gemeinsam die Projekte überlegt.

**Frau Haupt** fragte, ob eine Auswertung zum 1. Plan möglich ist.

**Frau Wildner** antwortete, dass es von jedem Projekt eine einzelne Auswertung gibt. Ein Ordner ist dazu vorhanden.

**Herr Helmich** sagte zu dem Änderungsantrag, dass die Projekte schon sehr gut sind, jedoch ein Projekt zur Förderung von Teilzeitbeschäftigung enthalten sein sollte.

**Frau Hintz** sagte, der Antrag unterstellt, dass es keine Teilzeitbeschäftigung in der Stadtverwaltung gibt. Es muss betrachtet werden, wie viele Mitarbeiter in Teilzeit arbeiten und welche Modelle angeboten werden.

**Frau Wildner** gab an, dass sie die genauen Zahlen der Teilzeitbeschäftigten nicht kennt, es aber sehr individuelle Teilzeitmodelle gibt. Diese Modelle gibt es auch für die Auszubildenden der Stadt Halle. Die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung wird bei Stellenausschreibungen nicht erwähnt.

**Frau Dr. Wünscher** sagte, dass die Stellen in der Stadtverwaltung grundsätzlich Vollzeitstellen sind. Teilzeitbeschäftigte sind bei den Personalkosten teurer. Frau Dr. Wünscher bat um eine Darstellung der Kosten bei Teilzeitbeschäftigung.

Eine schriftliche Antwort wird gegeben.

**Herr Czock** sagte, dass der Antrag ein Eingriff in die Rechte des Personalrates ist. Der Arbeitnehmer kann einen Antrag stellen.

**Frau Dr. Schöps** fand die Intension des Antrages super, da nicht jedes Modell derzeit üblich ist.

##### zu 4.1      **Zweiter Gleichstellungsaktionsplan 2016-2018** Vorlage: VI/2016/01794

---

**Abstimmungsergebnis:**

**zugestimmt mit Änderungen**

### **Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt den Zweiten Gleichstellungsaktionsplan für 2016-2018. Im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützt der Stadtrat die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen.

**zu 4.1.1 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage "Zweiter Gleichstellungsaktionsplan 2016-2018" (Vorlagennummer: VI/2016/01794)  
Vorlage: VI/2016/02340**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

### **Beschlussempfehlung:**

Der „Zweite Gleichstellungsaktionsplan 2016-2018 der Stadt Halle (Saale)“ wird unter 4.1. „Teilhabe am Erwerbsleben mit dem Schwerpunkt Stadtverwaltung Halle (Saale)“ um folgenden Punkt ergänzt:

#### **Erhöhung der Stellen mit Teilzeitbeschäftigung und Entwicklung von Jobsharing-Modellen**

##### **Ziel:**

Ziel ist eine signifikante Erhöhung der Stellen mit Teilzeitbeschäftigung. Bei neu auszuschreibenden Stellen soll darauf geachtet werden, auch die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung einzurichten.

##### **Maßnahmen/Projektschritte:**

1. Ausschreibung neuer Stellen mit der Option auf Teilzeit
2. Analyse des gegenwärtigen Bedarfs an Teilzeitoptionen bei den Mitarbeiter\*innen der Stadtverwaltung
3. Bewerbung von Teilzeitmodellen innerhalb der Stadtverwaltung
4. Entwicklung von Jobsharing-Modellen
5. Evaluierung der Wirksamkeit

##### **Umsetzungszeitraum:**

2016-2018

### **zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 5.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Berichterstattung der Stadtbeauftragten im Sozial-, Gesundheits-und Gleichstellungsausschuss  
Vorlage: VI/2016/02248**

---

**zu 5.1.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Berichterstattung der Stadtbeauftragten im Sozial-, Gesundheits-und Gleichstellungsausschuss  
Vorlagen-Nr.: VI/2016/02248  
Vorlage: VI/2016/02337**

---

Herr Bönisch brachte den Antrag ein.

**Herr Paulsen** erläuterte die formalen Vorgaben. Der Stadtrat muss den Antrag beschließen und den Oberbürgermeister beauftragen. Der Oberbürgermeister kann dann die Beauftragten mit einem Bericht in den Ausschuss schicken.

**Frau Hintz** fragte, warum eine solche Berichterstattung eingefordert wird. Es sollten konkrete Fragen an die Beauftragten gerichtet werden wenn es Unklarheiten gibt.

**Frau Dr. Wünscher** wies darauf hin, dass der Ausschuss von Berichterstattungen lebt.

**Herr Bönisch** sagte, dass der Änderungsantrag des Oberbürgermeisters übernommen wird.

**zu 5.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Berichterstattung der Stadtbeauftragten im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss  
Vorlage: VI/2016/02248**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

~~In regelmäßigen Abständen (1-2x im Jahr) sollen die Beauftragten der Stadt für Menschen mit Behinderungen, Senioren, Gleichstellung und Migration im Sozial-, Gesundheits-, Gleichstellungsausschuss über aktuelle Projekte, aber auch über Probleme und Bedarfe ihrer Zielgruppe informieren.~~

**Der Oberbürgermeister berichtet in regelmäßigen Abständen im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss über die Arbeit der Beauftragten für Migration und Integration, der Gleichstellungsbeauftragten, der Seniorenbeauftragten und des Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen.**

**zu 5.1.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Berichterstattung der Stadtbeauftragten im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss  
Vorlagen-Nr.: VI/2016/02248  
Vorlage: VI/2016/02337**

---

**Abstimmungsergebnis:** **zurückgezogen**

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Der Oberbürgermeister berichtet in regelmäßigen Abständen im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss über die Arbeit der Beauftragten für Migration und Integration, der Gleichstellungsbeauftragten, der Seniorenbeauftragten und des Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen.

**zu 5.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erstellung eines barrierefreien Internetauftritts der Stadtverwaltung  
Vorlage: VI/2016/01956**

---

**Herr Paulsen** sagte, dass der Beschluss rechtswidrig wäre. Der Internetauftritt ist nach Gleichstellungsrichtlinie ausreichend.

Derzeit wird eine neue Internetseite erarbeitet, bei dieser wird es eine Vorlesefunktion geben.

**Herr Dr. Fischer** sagte, dass nach dem Bundes Behinderten- und Gleichstellungsgesetz alle Inhalte in leichter Sprache sein müssen. Zusammen mit dem Kooperationspartner, der Universität soll dies erarbeitet werden. Erste Beispiele und Vorschläge wird es 2018 geben.

**Frau Haupt** stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

**Abstimmungsergebnis GO Antrag auf Vertagung : einstimmig zugestimmt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Internetplattform der Stadt Halle (Saale) weiterhin barrierefrei zu gestalten:

Dazu sind alle

- Satzungen und Richtlinien, Hinweise zum Ausfüllen von Formularen auf ihre Übereinstimmung mit der UN-Konvention (z. B. leichte Sprache) und Anwendungsmöglichkeiten für Brailleschrift, Vorlesefunktion für Online-Texte zu überprüfen sowie

- anpassbare Textgrößen für Menschen mit Sehschwächen zu gewährleisten.

2. Zur Stadtratssitzung im September 2016 informiert die Stadtverwaltung zum Sachstand der Umsetzung und legt eine Terminplanung für weitere Maßnahmen vor.

**zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

**zu 7 Mitteilungen**

---

**zu 7.1 Sozialplanung im Sinne des § 20 des Familien- und  
Beratungsstellenförderungsgesetzes LSA**

---

*Dokument im Session hinterlegt.*

**zu 7.4 Information zu Veränderungen Wohngeld**

---

*Präsentation im Session hinterlegt.*

**Frau Rönninger** führte durch die PowerPoint Präsentation.

**Herr Peinhardt** fragte, woran sich die Mietpreishöhe misst.

**Frau Rönninger** sagte, dass die Mietpreishöhe im Wohngeldgesetz geregelt ist und die Stadt Halle in der Mietstufe 3 eingeordnet ist.

**Herr Peinhardt** fragte, wer die Stufe festlegt.

**Frau Rönninger** antwortete, dass dies das Statistische Bundesamt festlegt.

**Herr Kieslich** hatte eine Frage zum Bearbeitungsstand.

**Frau Rönninger** schilderte, dass im Moment die Bearbeitungszeit bei 6 Wochen liegt.

**zu 7.5 Information Schlüssiges Konzept**

---

**Herr Heinz** informierte, dass 144.000 Wohnungen sind im Bestand, 28.000 Wohngebäude und 144.000 Wohnungen sind vermietet.

**zu 7.6 Information aktueller Stand nachträglich beantragter Fördermittel**

---

*Dokument im Session hinterlegt.*

## zu 7.7 Themenausblick für zukünftige Sitzungen im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

---

- |             |   |
|-------------|---|
| September   | <ul style="list-style-type: none"><li>• Zweiter Gleichstellungsaktionsplan</li><li>• Sozialplanung im Sinne des § 20 des Familien- und Beratungsstellenförderungsgesetzes LSA</li><li>• Bericht Lokales Netzwerk Kinderschutz/Frühe Hilfen –</li><li>• Vorstellung Begrüßungsmappen</li><li>• Information zu Veränderungen Wohngeld</li><li>• Information Schlüssiges Konzept</li><li>• Information aktueller Stand nachträglich beantragter Fördermittel</li></ul> |
| Oktober     | <ul style="list-style-type: none"><li>• Haushaltsplanung 2017</li><li>• Informationen der Seniorenbeauftragten zu aktuellen Themen</li><li>• Zwischeninformation Konzeptionsentwicklung Sucht- und Drogenpolitik der Stadt Halle (Saale)</li></ul>  |
| IV. Quartal | <ul style="list-style-type: none"><li>• Vorstellung Sozialverband VDK</li><li>• Aktueller Stand Schlüssiges Konzept/KdU</li></ul>   |

## zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

Mündliche Anfragen wurden nicht gestellt.

## zu 9 Anregungen

---

Anregungen wurden nicht gegeben.

**Frau Haupt** beendete den öffentlichen Teil der Sitzung.

---

Ute Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Jenny Dautermann  
stellv. Protokollführerin